

Imker und Bienenforscher im Streit

Verbände werfen Wissenschaftlern zu große Nähe zur Industrie vor – Verbot von Spritzmitteln gefordert

Zwischen Imkern und staatlichen Forschungsinstituten tobt ein heftiger Streit. Die Auseinandersetzungen spitzten sich zu, nachdem einige Berufskollegen harsche Kritik an den eigenen Verbandsvorständen übten.

Das heißt, auch innerhalb der großen Schar von Berufs- und Hobbyimkern rumort es. Grund dafür ist vor allem ein Brandbrief zweier Imker-Verbands-Chefs an die neue Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU).

Hauptberuflich tätige Imker sehen ihre Existenz durch eine zunehmend industrielle Landwirtschaft mit Spritzmitteleinsatz bedroht. Zu oft, so ihre Kritik, werde ihnen die Schuld in die Schuhe geschoben, würden sie beschuldigt, den Milbenbefall der Bienenstöcke nicht ausreichend zu bekämpfen. Ziel ihrer Kritik sind vor allem die staatlich finanzierten Forschungsinstitute, denen sie mangelnde Unabhängigkeit von der Agrochemie-Industrie vorwerfen.

4500 Berufs-Imker gibt es in Deutschland. Hinzu kommen unzählige Hobbyimker. Sie alle waren schockiert, als es 2008 zu einem Bienensterben kam. Geschätzte 330 Millionen Bienen gingen am Rhein ein. Kurz nach dem Amtsantritt Aigners schrieben ihr zwei Imker-Funktionäre einen heftigen Brief.



Die Imkerin Resi Auerbach konnte Kollegen nach dem Bienensterben mit Königinnen helfen. Foto ddp

Bienen sind ein Umweltindikator – darüber besteht weitgehend Einigkeit. „Wenn die Bienen sterben, dann ist es schlecht um unsere Umwelt bestellt“, sagt der Präsident des Deutschen Berufs- und Erwerbsimkerbundes (DBIB), Manfred Hederer. Am Insekt, an Blütenpollen und Honig sei messbar, „was für ein Unsinn draußen in der Landwirtschaft und in der Natur passiert.“

Immerhin hingen 35 Prozent der weltweiten Nahrungsmittelproduktion von Bestäubern ab, schrieb er der

Ministerin. Die Industrialisierung der Landwirtschaft mit einem immer größeren Einsatz von Pestiziden, Herbiziden, Insektiziden und Fungiziden sowie der Agro-Genetik führe weltweit zu einem Bienensterben.

Der 13-seitige Brief des DBIB und des Deutschen Imkerbundes (DIB) an Aigner ist vielen Verbandsmitgliedern aber viel zu heftig abgefasst. Das gilt vor allem für die Kritik an staatlichen Forschungseinrichtungen. Hederer und sein DIB-Kollege Peter Maske behaupten in

ihrem Brief, die Bienenwissenschaftler und Behörden seien zu eng verflochten mit der Industrie.

Der Leiter der Bienenforschung an der Universität Hohenheim, Peter Rosenkranz, widerspricht dem. Die Verflechtung von Wissenschaft und Industrie sei gerade im Bereich der Bienen-Institute überaus klein. In seinem Institut lägen die Gelder, die von der Industrie in Drittmittelprojekte fließen, bei nur fünf Prozent.

Was der Wissenschaftler einräumt, ist Forschungsbe-

darf bei Pestiziden. Pflanzenschutzmittel mit Neonicotinoiden zur Saatgutbehandlung müssten verboten werden, fordern die Berufsimker. Viele haben Angst vor der Zukunft: „Es werden ja immer weniger Imker, die Lust ist auch weg. Wie will ich da noch jemanden dazu motivieren, die notwendige Bestäubungsdienstleistung zur Verfügung zu stellen?“, klagt Hederer.

Er kann nicht verstehen, dass in Deutschland noch immer Spritzmittel zugelassen sind, die in anderen europäischen Ländern, in den USA und Kanada verboten wurden. Rosenkranz sagt, das Problem sei sehr wohl erkannt: „Die Probleme haben wir nie verschwiegen.“

Ein Blick auf die große Nachfrage nach Honig in Deutschland und den hohen Importanteil zeigt, dass wirtschaftliches Potenzial verschenkt wird: „Der Markt besteht aus 80 000 bis 90 000 Tonnen Honig, der zu uns importiert wird. Der meiste Honig kommt aus Südamerika. Wir erzeugen selber nur noch maximal 25 000 Tonnen“, sagt Hederer.

Die Hoffnungen ruhen nun auf Aigner. Sie soll die in anderen europäischen Ländern bereits umgesetzten Anwendungsverbote bienenschädlicher Pflanzenschutzmittel durchsetzen, wünschen sich die Imker. ■ ddp